

Fraktion der BürgerUnion  
Im Rat der Stadt Soltau  
Fraktionsvorsitzender  
Klaus Grimkowski-Seiler

Sitzung des Rates am 25.04..2013  
Tagesordnungspunkt

Haushaltssatzung 2013

Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine Ratskolleginnen und Ratskollegen,

und wenn Du denkst es geht nichts mehr,  
kommt auch schon das nächste Unheil her!!!!

wir können kleine Summen einsparen, wir können große Summen einsparen, wir können Steuern erhöhen, wir verbessern unsere Wirtschaft und nehmen mehr Gewerbesteuern ein - und immer sind wir die, die zahlen müssen und immer wieder einen Haushalt mit hohem strukturellem Defizit vorlegen müssen. Das Licht am Ende des Schuldentunnels kann also nur wieder jemand mit Taschenlampe sein.

Wir müssen unseren Kopf und unseren Geldbeutel hinhalten, um die Dinge zu bezahlen, die in Berlin und Hannover beschlossen werden. Wer gute Ideen hat und sicherlich auch der Allgemeinheit dienen will, sollte auch Verantwortung tragen, wie dies finanziell umsetzbar ist und nicht nur eine Anschubfinanzierung geben und anschließend die Städte und Gemeinden allein lassen. Und wenn in diesem Zusammenhang eine Landtags- und Kreistagspolitikerin einer grossen Partei die Aussage in den Raum stellt, Land und Kreis müssen dafür aufkommen, dass Städte und Gemeinden über ihre Verhältnisse leben,

dann hat man für Politik kein Verständnis mehr.

Bundes-, Landes- und Kreispolitiker haben als oberste Prämisse, schnellstens einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und die Schulden abzubauen. Aber bitte nicht nur immer auf unsere Kosten!!!

Auf der Strecke bleiben Städte und Gemeinden, die an den Erfolgen der Einsparpolitik z. Zt. nicht beteiligt werden.

Insbesondere wir als Wirtschaftsstandort werden auch noch dafür bestraft, dass wir erfolgreich arbeiten und müssen mal soeben 500.000,00 € mehr Kreisumlage zahlen.

Nun soll es ja mit dem Landkreis immer ein Geben und Nehmen sein in einem partnerschaftlichen Verhältnis. Wir zahlen brav unsere doch sehr hohe Kreisumlage, erfüllen die vertraglich vereinbarten Aufgaben in Sachen Kindertagesstätten, Sozialhilfe und erhalten dafür Renovierungs- und Baumassnahmen wie Kreishaus, Schulen, Sporthallen und Busbahnhof an der BBS. Natürlich freuen wir uns darüber, aber ist es nicht eine Selbstverständlichkeit, die kreiseigenen Schulen und Sporthallen baulich in Ordnung zu halten. Ist es nicht auch eine Selbstverständlichkeit, einen Verwaltungsneubau zu finanzieren, wenn gleichzeitig sechs Immobilien nahe Innenstadtbereich zum Verkauf anstehen und eine gewisse Gegenfinanzierung darstellen??? Wir freuen uns, da durch den Verwaltungsneubau ja die bei der Kreisreform versprochenen Arbeitsplätze in Soltau bleiben.

Seit dem Haushaltsabschluss 2010 des Landkreises mit einem Plus von 10 Mio. € fordern wir die Beteiligung der Städte und Gemeinden am Haushaltsüberschuss des Landkreises. Wir stehen zu der Verantwortung, den Schuldenberg des Landkreises abzubauen. Aber zu einer gut funktionierenden Partnerschaft gehört es auch, den Partner an den Erfolgen zu beteiligen und den Kommunen beim Schuldenabbau behilflich zu sein. Leider verstummen in dieser Frage die Stimmen der von unseren Bürgern und Bürgerinnen gewählten Kreistagsabgeordneten. Es müsste doch in dieser Frage bei den

Kreistags- und Ratsmitgliedern von Heideunion (hier im Rat CDU) und SPD öffentliche Stellungnahmen und Forderungen nach Senkung der Kreisumlage geben. Stattdessen gibt es Kompetenzgerangel zwischen Landrat und Mehrheitsfraktion, wer denn für die Senkung zuständig sei.

Da leider eine Senkung der Kreisumlage, die wir bereits zum Haushalt 2011 gefordert haben, vor 2014 ausgeschlossen ist, müssen wir andere Maßnahmen in Erwägung ziehen, um Einsparpotential zu haben.

Sollen wir wieder damit fortfahren, Pfennigbeträge in freiwilligen Leistungen immer wieder zu kürzen, um dem Landkreis zu zeigen, „Hallo wir sparen“? Sollen wir weiterhin Personalkosten auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsparen, um den Krankenstand zu erhöhen und die Motivation der Kollegen zu senken?

Wir sind der Meinung, wir haben in den letzten Jahren erheblich an Personalkosten eingespart und bei den z. Zt. von der Verwaltung zu erfüllenden Aufgaben ist die Oberkante und auch die Belastbarkeit der Mitarbeiter erreicht. Sicherlich kann man künftig überlegen, welche Aufgaben Verwaltung noch zu erfüllen hat.

Selbstverständlich können wir auch nicht aufhören, Berufsnachwuchs einzustellen, um uns qualifizierte Arbeitskräfte auch künftig zu erhalten.

Wollen, sollen oder können wir unsere „heiligen Kühe“ Bibliothek, Jugendzentrum, Stiftung Spiel, Soltau Touristik zum Schlachthof bringen und damit unsere kulturellen und sozialen Mittelpunkte zerstören????!!!! Im Haushaltssicherungskonzept steht unter diesen Rubriken: „Einsparungen nicht möglich – es bestehen Verträge, Teil der Sozialoffensive, Zusammenlegung nicht möglich, da Gutachten aus Lüneburg vorliegt...“

Wenn wir uns richtig erinnern, so wurden im Vorfeld der Haushaltsberatungen folgende Aussagen gemacht: „Giftliste des Haushaltes, es muss alles auf den Prüfstand, es wird strukturelle Veränderungen geben – spätestens zum Haushalt 2013 haben wir neue Strukturen“. Passiert ist nichts. Wieder einmal musste die Verwaltung mit Bgm. Ruhkopf und Erster Stadtrat Cassebaum den Haushalt aufstellen und ihn so gestalten, dass er die Chance erhält, genehmigt zu werden.

Es wäre aber auch verwunderlich, wenn die Gemeinde mit den höchsten Zahlungen an den Landkreis, der ebenfalls hoch verschuldet ist, den Haushalt nicht genehmigt bekäme.

Wir leben in einer lebens- und liebenswerten Stadt mit Wirtschaftskraft, Innenstadtkonzept, Tourismus, Ehrenamt und Natur. Wir sind dem Neid unserer Nachbarkommunen ausgesetzt. Das macht uns stolz und spornt uns immer wieder zu neuen Projekten an. Wir sind Soltau. Lassen Sie uns weiter gemeinsam daran arbeiten.

Aber die letzten Ratssitzungen haben gezeigt, dass eine gemeinsame Arbeit für unsere Heimatstadt leider nicht gewollt ist. Anträge, die von unserer Fraktion eingebracht werden, werden im Vorfeld schon bewertet und abgelehnt. Ratsherr Klatt betitelt sie, ich zitiere als „idiotisch“, der stv. Bgm. und ehemalige Ratsvorsitzende Schwethelm betitelt uns als „nicht demokratisch“, beleidigt uns in ganz übler Weise und geht selbst von den jahrelangen Spielregeln ab. Wegen weniger beleidigender Wortbeiträge wurde in jüngster Vergangenheit bereits die Kommunalaufsicht zur Prüfung einer Dienstaufsichtsbeschwerde und ggf. einer privatrechtlichen Klage gegen ein Ratsmitglied unserer Fraktion eingeleitet.

In diesem Zusammenhang sollte der ehemalige Ratsvorsitzende auch Zwischenrufe akzeptieren, solange dies insbesondere bei einem Mitglied seiner Fraktion an der Tagesordnung ist.

Und dies ist nun alles der neue demokratische Stil der SPD?

Seit Juli 2012 reden und diskutieren wir über die Kita-Gebühren in Zusammenhang mit der Sozialstaffel und der Umlegung der Kosten, die von 2,4 Mio. auf 3,2 Mio. € gestiegen sind. Dies wurde zum Anlass genommen, in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, dieses Defizit zu senken. Es wurde zwar ein Kompromiss gefunden, der uns allerdings nicht weit genug gegangen ist.

Wir hatten uns eine gerechtere Sozialstaffel und die Anhebung der Kitagebühren, im Höchstfall auf den Bedarfssatz, gewünscht. Dies war leider nicht durchsetzbar. Auch eine Regelbetreuungszeit von fünf Stunden wurde von uns, insbesondere aufgrund vieler Gespräche mit alleinerziehenden oder im Arbeitsverhältnis stehenden Müttern, beantragt. Leider ohne Erfolg. In diesem Zusammenhang betitelt uns die Sozialausschussvorsitzende Ratsfrau Cordes als „...unsozial und mit diesen Forderungen schlimmer als die Linken...“. Bei diesem doch sehr emotionalen Statement ist sicherlich übersehen und vergessen worden, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU doch am 26.07.2012 diese Überlegungen schriftlich als Arbeitsgrundlage dargelegt und an die Verwaltung zur weiteren Prüfung und Bearbeitung weitergegeben hat.

Sicherlich hat es auch in der Frage der KITA-Gebühren ein Gros an Übereinstimmungen gegeben, insbesondere die in Aussicht gestellte Rückgabe der KITA-Angelegenheiten an den Landkreis Heidekreis.

Bereits im Oktober 2011 kam vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion der Vorschlag, in einer Personalfrage einen hohen Betrag einzusparen, was auch in weiteren Gesprächen immer wieder von der CDU angesprochen wurde.

Kurz vor Einbringung des Antrages in den Rat wurde in einem Gespräch zwischen Ratsherrn Wrigge und dem Bürgermeister diese Angelegenheit widerrufen und wir als Urheber dieser Angelegenheit hingestellt mit dem Tenor, wir würden den Bürgermeister hintergehen, hinter seinem Rücken einen Antrag stellen und, ich zitiere, „...eine Sau durchs Dorf treiben“, Zitat Ende.

Dieses Ansinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, wurde vom Fraktionsvorsitzenden Volker Wrigge und seinem Stellvertreter Billung Meyer gefordert und wir wurden um Mithilfe gebeten. Dies beim Bürgermeister und der eigenen Fraktion anders darzustellen, gleicht schon einer Denunzierung unserer Fraktion.

Und uns dann auch noch als destruktive Kraft, als unehrlich und nicht verlässlich zu titulieren, ist schon mehr als mutig.

Auch die Aussage eines Rats- und Kreispolitikers der SPD in diesem Zusammenhang in einer Finanzausschusssitzung, ich zitiere: „...Zwischen die beiden großen Fraktionen CDU und SPD herrsche in dieser Personalfrage Übereinkunft und passe kein Blatt Papier. Die kleineren Fraktionen sollten sich mit ihren Vorschlägen doch zurückhalten...“, spricht nicht von großer demokratischer Ausstrahlung.

Wir sind der Meinung, wir sollten zusammen mit größtmöglicher Mehrheit die Probleme unserer Heimatstadt angehen. Wir sind alle gewählte Vertreter unserer Bürgerinnen und Bürger, die für ein solches Vorgehen wenig Verständnis aufbringen.

Nur ganz kurz an den Ratsherrn der dps, Worch-Rohweder, gerichtet – es ist gut, dass Sie uns anmahnen, sparsamer mit den Geldmitteln unserer Stadt umzugehen. Es ist aber wenig hilfreich, in den öffentlichen Medien und den von Ihnen herausgegeben Broschüren von anderen Zahlen zu sprechen, als wir sie kennen und über die wir hier im Rat abgestimmt haben. Dies halten wir für unredlich.

Wir haben mit dem Haushaltsplan 2013 und dem Haushaltssicherungskonzept wieder einmal ein Zahlenwerk, über das wir heute abstimmen und wir als BürgerUnion zustimmen werden.

Und ich wiederhole mich, wenn ich hier sage, dieses Zahlenwerk ist von der Verwaltung, insbesondere vom Bürgermeister und Ersten

Stadtrat, uns vorgelegt worden. Vorschläge und unser Mut, einschneidende Maßnahmen einzuleiten, fehlen auch 2013 von der Politik. Warten wir auf 2014.

Unser Dank gilt der Verwaltung, Herrn Bürgermeister Ruhkopf und Herrn Erster Stadtrat Wolfgang Cassebaum für die Zusammenarbeit.